

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befendbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Das Wirtschaftsjahr 1924.

I. Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1924 wurde weltwirtschaftlich durch die Aktion, die seit Kriegsende grassierende Weltkrise durch Reorganisation der überseeischen Produktions- und der mitteleuropäischen Konsumgebiete zu überwinden, beeinflusst. Es trat auch infolge der von dem mit Gold übersättigten Amerika gewährten Anleihen eine Beruhigung beziehungsweise Stabilisierung der europäischen Valuten (Österreich, Polen, Deutschland, Frankreich, Dänemark usw.), teilweise eine Erreichung der alten Parität (Schweiz, Schweden) oder Annäherung an dieselbe (Holland, England) ein. Die Entspannung äußerte sich durch vermehrten Umsatz im Welthandel.

Vermehrter Umsatz in der Weltwirtschaft, teilweise belebte Produktion.

	Jan. bis Sept. 1924	Jan. bis Sept. 1923
Englischer Handel (Einfuhr)	1601,4 Pfund	1440,1 Pfund
Holländischer Handel	2900 Gulden	2888 Gulden
Dänischer Handel	3296 Kronen	2674 Kronen
Deutsche Steinkohlensförderung Jan. bis Okt. (im Frieden 118,88 Mill. To.)	96,91 Tonnen	52,48 Tonnen
Textilurarbeitszeit in Lancashire (Normalarbeitszeit 46—48 Stunden)	89,5 Stunden	81—82 Stunden

Jedoch sind überall in der Weltwirtschaft die Anzeichen einer Entspannung der industriellen Krise zu unbeständig und zu uneinheitlich, als daß gewisse Folgerungen gezogen werden könnten.

In Deutschland stellt sich der valutarische Prozeß als Kurs- und Preisproblem in dem imaginären Rentenmarkgeld, einer Zwischenwährung, dar. Die Finanz- beziehungsweise Geldpolitik mußte also immer Wirtschaftspolitik sein. So ergaben sich im Laufe des Jahres die bekannten Konflikte zwischen der Geldpolitik der Reichsbank und der offiziellen Wirtschaftspolitik, das heißt, der die ganze Wirtschaft berücksichtigenden Auffassung der Geldpolitik steht im Grunde genommen der nackte Interessentenstandpunkt mächtiger Wirtschaftsgruppen gegenüber, der sich nur branchenmäßig oder nach den einzelnen Unternehmen orientiert.

Die Sicherung der Rentenmark wird durch Wiederherstellung der deutschen Hoheit in der Weltwirtschaft (zum Beispiel im Ruhrrevier) erleichtert, weiter durch die amerikanischen Anleihen und die infolge des Deutschland für einen Teil seiner Reparationslasten gewährten Moratoriums eintretende günstige Entwicklung des Steuerertrommens. Die Widerstände liegen aber in der Finanzlage der deutschen Privatwirtschaft. Die Anfang des Jahres in sie einströmenden Rentenmarkkredite führen zu einer fühlbaren Verschuldung, da sich der Zinssatz anormal hoch stellt. Dazu ist die Rentenmarkschuld zum Teil unproduktiv, da sie, in der Hoffnung auf Preissteigerungen, meistens in dem spekulativen Erwerb oder Halten von Warenlagern steckt. So mußten sich die flüssigen Mittel (Betriebskapital) immer mehr verknappen. Wie die Goldbilanzierung, die Umstellung in unsern Kapitalgesellschaften von Papiermark auf Goldmark zeigt, hat sich an und für sich unter Einfluß der Sachwertpsychose während der Inflation das Verhältnis zwischen totem, das heißt immobilisiertem Kapital und Betriebskapital zugunsten der den Verkauf in unserer Industrie verschuldenen und die Gesteungskosten und die Kalkulation belastenden Anlagewerte gründlich verschoben. In dieser Atmosphäre bildet sich die Tendenz, nach Zerschlagung der Rentenmark-Zwischenlösung nun Auswege in einer neuen, durchaus unmöglichen Inflation zu finden.

Im April 1924 zeigt unser Geld bereits an den internationalen Börsen eine Entwertung von circa 12%, an den deutschen Preisen tagiert, eine solche von 40 bis 50%. Das Kurs- und Preisproblem droht die Wirtschaft in einer Rentenmark- beziehungsweise Geldanleiheinflation zu erfassen.

Die als Gegenwehr Anfang April 1924 einsetzende neue Geldpolitik wollte durch Intervention am Devisenmarkt und Nationierung der Wechselkredite (Begrenzung auf 2000 Millionen Rentenmark) Kurs- und Preisproblem lösen und so,

durch Kombination finanz- und wirtschaftspolitischer Mittel, die Zwischenwährung schützen. Kurzfristig betrachtet, hatte sie in kurzer Zeit Erfolg: das Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt bleibt seit Ende Juni wieder hergestellt und eine Lockerung der Devisengesetzgebung tritt ein. Wirtschaftspolitisch versagt sie durch Schuld der amtlichen Wirtschaftspolitik.

Besserung der deutschen Finanzlage.

	Ende 1923	April 1924	Ende 1924
Ausländische Dollarnotierung in Rentenmark	4,479	4,585	4,18
Geldumlauf (im Frieden circa 6070 Millionen)	—	2825,2	ca. 3900
Goldbestand der Reichsbank (in Millionen)	467,0	464,8	ca. 700
Kredite der			
a) Reichsbank u. Darlehnskassen (in Millionen Reichsmark)	677,8	2074,7	ca. 2200
b) Golddiskontbank (in Millionen Pfund)	—	0,6	12,5
Gesamte Reichsschuld (in Millionen Reichsmark)	—	1784,2	ca. 2600
Einnahmen d. Reichs an Steuern, Zöllen, Abgaben (in Millionen Reichsmark)	—	523,8	686,7

Gesamt-Reichseinnahmen von April bis Oktober 1924 3985,9 Millionen Reichsmark = 70% des Jahresanschlages, davon in Millionen Mark: Lohnabzugssteuer 707,3, Umsatzsteuer 1060,3.

Die Eigenart der schachtischen Restriktionspolitik, die stark von gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflusst wurde, war die Vereinigung der Wirtschaft durch Umwandlung der spekulativ festgehaltenen Sachwerte, Senkung der Preise, Förderung des Exports und Stärkung der Kaufkraft durch Erhöhung der Reallohn usw. Sie hat für ihr Gelingen die Verknappung des Geldes zur Voraussetzung. Diese Politik kam, wie unsere Konfurstabelle zeigt,

Konkurse und Geschäftsaufsichten.

	März	August	September	Oktober
Konkurse (im Frieden monatlich 815)	58	895	850	752
Geschäftsaufsichten	—	484	301	265

nicht zur Auswirkung, weil sie durch eine Privatwirtschaft, die kurz vorher 800 Goldmillionen in Frankenspekulation verlor und nun, unter Berufung auf Geldmangel, durch Stilllegung der Betriebe die Regierung müde machte, durchlöchert wurde. Mitte des Jahres flossen neue Kredite über die preußische Staatsbank (Seehandlung) usw. in die Wirtschaft und das Kreditkontingent der Reichsbank wurde um 10% auf 2200 Millionen erhöht. Diktiert wird die Opposition der offiziellen Wirtschaftspolitik durch den Plan, die schon durch Kartellzwang überhöhten Preise überfetzt zu halten, um die Privatwirtschaft aus den Ueberpreisen zu finanzieren. Die neu einströmenden Kredite führen dann zu einer weiteren Preishausse, besonders auf dem Getreidemarkt.

Preisvergleich wichtiger Waren im In- und Ausland 1913 und 4. Quartal 1924.

	1913	1924	Ueberpreis in Prozenten
Roggen (50 kg)	8,22	5,25	11,93
Weizen (50 kg)	9,94	7,06	12,02
Hafer (50 kg)	8,11	5,42	9,52
Rohle (1 Tonne)	12,00	10,97	15,43
Eisen (1 Tonne)	69,50	51,44	91,29

wo die gegen 1923 schlechtere Ernte, die Getreideverschleuderungspolitik des Ernährungsministers Graf Ranitz und die mit Reichsgeld ermöglichte spekulative Aufkaufspolitik des Landbundes die Preise anormal in die Höhe treiben.

Die Situation am Ende des Jahres ist etwa folgende: Die Rentenmark ist durch die bis weit über das gesetzliche Maß hinaus durch Gold und Devisen gedeckte Reichsmarkwährung abgelöst, die besonderen Schutz in der Transferbestimmung des Londoner Abkommens genießt. Die inflationistischen Preise drücken auf den Beschäftigungsgrad der Industrie, die nur in Saisonbranchen und in der Herstellung der Massen- und Stapelware, trotz größten Warenhungers, Anregung zeigt. So wurde zugunsten des sich schnell erholenden Unternehmertums eine Politik bevorzugt, die nicht im Interesse der Massen und der Wirtschaft lag.

Zur Werbearbeit unter den Lehrlingen.

Die Frage, ob Jugendliche und Lehrlinge den gewerkschaftlichen Organisationen angehören können, ist längst in bejahendem Sinne entschieden. In den Vorkriegsjahren konnten die Bestrebungen auf Organisation der Jugendlichen nicht in dem gewünschten Maße gefördert werden, da erhebliche Schwierigkeiten im Wege lagen. Gesetzliche und polizeiliche wie auch von Schulbehörden erlassene Bestimmungen engten die Organisationsmöglichkeit der Jugendlichen und Lehrlinge außerordentlich ein. Auch die von den Innungen herausgegebenen Lehrverträge enthielten Bestimmungen, denen zufolge Lehrlinge ohne Genehmigung des Lehrherrn Vereinen nicht beitreten durften.

Erst nachdem freiere politische Zustände in Deutschland erreicht waren, nach 1918 und nach Einführung der Reichsverfassung, wurde die Bahn für Jugendliche und Lehrlinge zur gewerkschaftlichen Organisation frei. Wohl alle Gewerkschaften haben in jener Zeit besondere Maßnahmen getroffen, um den Jugendlichen und Lehrlingen den Weg zu Organisation zu erleichtern. Erinnert sei an die Einführung niedriger Beitragsklassen, an die Schaffung besonderer Jugendblätter sowie an die Anstellung von Jugendsekretären in größeren Gewerkschaften. Ferner sei hingewiesen auf die Maßnahmen der örtlichen Organisationen, vor allem auf die vorbildliche Werbearbeit vieler älterer Gewerkschaftsmitglieder unter den Jugendlichen und Lehrlingen. Mit gutem Erfolg haben die Gewerkschaften unter den Jugendlichen und Lehrlingen gewirkt durch besondere für die Jugend bestimmte Veranstaltungen, durch Vorträge über berufliche, technische und wirtschaftliche Fragen. Auch die Gründung besonderer Jugendgruppen und -abteilungen hat dem Fortschritt gedient. Als Leiter wurden mit Jugendfragen vertraute Gewerkschafter bestimmt, die dem Fühlen und Denken der Jugend nicht fremd gegenüberstanden. Ueber die Tätigkeit der Jugendgruppen kann im allgemeinen nur erfreuliches gesagt werden, wenn auch manche Schwierigkeit zu überwinden war. Auch sonntägliche Wanderungen in die Natur wurden unternommen, nicht nur, um neue Kraft und frischen Mut für den Werktag zu schöpfen, sondern auch, um den Gemeinschaftsgedanken unter den Jugendlichen zu stärken und sie vor Gefahren zu schützen, denen besonders die Jugendlichen in hohem Grade ausgesetzt sind.

Alle diese Bestrebungen der Gewerkschaften, die Jugendlichen für die Organisation zu gewinnen und sie zu denkenden Menschen und zu solidarisch empfindenden Arbeitskameraden zu erziehen, sind nicht ohne Erfolg gewesen. Die Gewerkschaften haben heute in ihren Reihen eine Zahl von jugendlichen Mitgliedern zu verzeichnen, die alle früheren Erwartungen übertrifft. Bei Beurteilung dieser Tatsache muß stets beachtet werden, wie verhältnismäßig kurze Zeit erst die Gewerkschaften in der Lage sind, sich wirksam und ohne durch behördliche Schikanen behindert zu sein, auf diesem Gebiet betätigen zu können.

Mit Nachdruck muß jedoch gefordert werden, daß der Eifer nicht erlahmen darf, die Jugendlichen und Lehrlinge ihren gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen. Nachweislich ist ein Stillstand in der Zunahme jugendlicher Gewerkschaftsmitglieder eingetreten. In mancher Hinsicht dürfte dieser Stillstand mit der allgemeinen Mitgliederbewegung der Gewerkschaften zusammenhängen; denn infolge der Wirtschaftskrise und anderer den gewerkschaftlichen Aufstieg beeinflussenden Verhältnisse sind die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den letzten Jahren zurückgegangen. Bei wieder eintretender besserer Wirtschaftslage werden sie zweifellos wieder einen Aufstieg zu verzeichnen haben. Das dürfte auch für die Jugendlichen zutreffend sein.

Wie liegen nun die Verhältnisse in unserm Verband? Die Entwicklung der Mitgliederbewegung ist zwar nicht so ungünstig verlaufen wie in den andern Gewerkschaften, doch ist auch in unserer Organisation ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung eingetreten. Das trifft natürlich auch auf die Lehrlinge zu; ihre Zahl ist heute gegenüber dem Jahre 1922 wesentlich geringer. Auch dieser Rückgang dürfte mit auf die schlechte Arbeitsmarktlage im Bau- und Gewerbe zurückzuführen sein, soweit er sich im gleichen Verhältnis wie bei den übrigen Verbandsmitgliedern auswirkt hat. An einer Erscheinung in einer Reihe von Bahistellen darf aber nicht vorübergegangen werden. Es hat sich ergeben, daß die Zahl ihrer Lehrlingsmitglieder verhältnismäßig stärker abgenommen hat als die der übrigen Mitglieder; ja, es sind Bahistellen vorhanden, die sämtliche Lehrlingsmitglieder verloren haben, ohne daß sich sonst ihre Mitgliederzahl wesentlich vermindert hat. Eine solche Erscheinung gibt zu denken. Sie läßt mancherlei Schlussfolgerungen zu. Haben in den betreffenden Bahistellen die Zahlstellenleitungen und Mitglieder

sich zu wenig darum bemüht, die Lehrlinge der Organisation zu erhalten? Oder welche Gründe liegen sonst vor? Sind durch Beeinflussung der Unternehmer die Austritte erfolgt? Waren diese Verluste nicht zu vermeiden? Diese Fragen drängen sich jedem auf, der sich mit den Dingen beschäftigt. Gewiß gibt es auch Möglichkeiten, die die Verluste erklärlich machen. Sie können, wie bereits erwähnt, in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegen. Die in manchen Lehrverträgen enthaltenen Bestimmungen, bei Arbeitsmangel Lehrlinge zu entlassen, kann von Einfluß auf die Lehrlingszahl sein, wenn die Lehrlinge versuchen, in andern Betrieben unterzukommen. Die Tatsache, daß die Lehrlingszahl in unsern Verbänden abgenommen hat, sollte alle Zahlstellenleitungen veranlassen, die Gründe zu erforschen, die dafür maßgebend waren. Es muß in jeder Zahlstelle nachgeprüft werden, welche Schritte zu unternehmen sind, um die Verluste auszugleichen und alle Lehrlinge dem Verbande zuzuführen. Die Organisationsmöglichkeit besteht für alle. Der Artikel 159 der Reichsverfassung sichert ihnen ausdrücklich das Vereinigungsrecht zu.

Die Werbearbeit unter den Lehrlingen ist, soll sie von Erfolg sein, natürlich von andern Gesichtspunkten aus zu betreiben, als bei den um Jahre älteren Gesellen. Ihre Erfahrungen im Leben ermöglichen ihnen, sich leichter ein Urteil über die Verhältnisse zu bilden und die nötigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, als es bei Jugendlichen und Lehrlingen der Fall sein kann. Wer besonders für die wirtschaftlichen Zustände ein offenes Auge hat, bei dem dürfte es nicht schwer sein, ihn auf den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation zu bringen. Bei Lehrlingen sind aber andere Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen. Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß Jungen von 14 bis 15 Jahren die Welt mit andern Augen ansehen als Erwachsene. Darauf ist bei der Werbearbeit im wesentlichen Rücksicht zu nehmen. Den Lehrlingen muß mehr über unsere Organisationsziele gesagt werden. Sie müssen zunächst hineingeführt werden in die heutige Welt mit ihren wirtschaftlichen Gegensätzen. Ihnen muß klar gemacht werden, daß es die Gewerkschaften sind, die bessere Zustände erstreben und die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter erträglicher gestalten wollen. Solches kann um so schneller und wirksamer erreicht werden, wenn alle Arbeiter in ihren Gewerkschaften vereint sind. Gerade die jungen Kameraden dürfen nicht außerhalb stehen; sie sind fähig, sich für hohe und edle Ziele zu begeistern. In kameradschaftlicher Weise muß auf sie eingewirkt und auch ihre berufliche Weiterbildung in jeder Hinsicht gefördert werden. Es muß immer dahin gestrebt werden, alle Jungkameraden für die gewerkschaftlichen Ideen zu gewinnen, da sie in wenigen Jahren als Kämpfer an der Seite der älteren Kameraden zu stehen haben.

Wenn in allen Zahlstellen die Werbearbeit unter den Lehrlingen so betrieben wird, dann dürfte der Erfolg auch nicht ausbleiben. Gewiß sind die Verhältnisse von Ort zu Ort verschieden. In den Städten liegen sie anders als auf dem flachen Lande. Manche Schwierigkeit wird aber mit gutem Willen und Hingabe an die Sache zu überwinden sein. Es muß versucht werden, die Lehrlinge zu regelmäßigem Versammlungsbesuch zu veranlassen. In allen Zahlstellen mit über 10 Lehrlingen sollten besondere Zusammenkünfte für Lehrlinge eingerichtet werden; doch muß in jedem Falle ein erfahrener Kamerad beauftragt werden, sich den Lehrlingen besonders zu widmen. Die Übernahme eines solchen Postens ist natürlich an die Voraussetzung geknüpft, daß der Betreffende mit der Jugend zu fühlen versteht und für Jugendfragen Interesse hat. Wer eine solche Aufgabe übernimmt, hat auch die Verpflichtung, sich über das Lehrlings- und Jugendwesen zu unterrichten. Die Zahlstellen sollten deshalb die hierfür nötige Literatur beschaffen. Die Erörterung beruflicher Fragen in den Zusammenkünften der Lehrlinge ist besonders wertvoll, denn das Interesse für den Beruf muß bei allen Lehrlingen geweckt werden. Ferner ist planmäßige erzieherische Arbeit im gewerkschaftlichen Sinne zu leisten. Die Lehrlinge sollen in ihren Zusammenkünften auch Aufklärung über wirtschaftliche Fragen erhalten. Aufsätze aus der Jugendliteratur bieten genügend Stoff und Anregung; aber auch die Geselligkeit muß gepflegt werden. Gemeinsame Wanderungen sind zu unternehmen; auch sind Orte zu besuchen, die berufliches Interesse erwecken können.

So muß auf jede Weise versucht werden, die Lehrlinge für die gewerkschaftlichen Ideen zu gewinnen. Die in unserer Bewegung stehenden hohen moralischen Werte müssen ihnen erschlossen werden. Allen Hemmnissen, auch allen gegenwärtigen Maßnahmen zum Trotz muß mit Entschiedenheit der gezeigte Weg verfolgt werden. Wer die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten klar erkannt hat, wird sich stets freudig für eine solche Aufgabe einsetzen. Nie darf außer acht gelassen werden, daß die Jugendlichen und Lehrlinge als spätere Arbeitskameraden schon jetzt in unsere Reihen gehören, wenn sie in kommenden Zeiten als treue Gewerkschafter ihren Mann stellen sollen.

Jugend.

Jede Bewegung kämpft um die Jugend, und jede Bewegung sieht in diesem Kampfe um die Jugend ihre vornehmste Aufgabe, weil ihr mit der Eroberung der Jugend die Zukunft gesichert ist. Doch gehört Jugend nicht in jede Bewegung. Jugend gehört nur in die Bewegung, die ein Vorwärts kennt, und wenn sie nur rückwärts schaut, dann ist Jugend alt.

Nicht deshalb schon ist Jugend Zukunft, weil sie jung an Jahren ist. Jung sein, heißt glauben und begeistert vorwärts schauen und die Welt weiter führen zu neuer Höhe. Wer wahrhaft jung ist, der tritt wie ein Kind an das Leben heran, unbeflügelt, ohne eine von andern veranlaßte Einstellung, als Suchender, Fragender. Der verlangt von der Zeit nicht die Welt seines Vaters; der will die Welt der Jugend, die Welt der Freiheit, die Welt des kämpfenden Glaubens. Der versteht auch, daß seine Zeit vielleicht ein grundsätzlich Neues erstrebt, daß er am Beginn steht einer von Grund auf neuen Periode der Welt. Und der weiß dann,

daß er in sich eine historische Verantwortung gegen seine Zeit hat.

Und wenn auch jede Bewegung um die Jugend kämpft, die Jugend gehört nur in die Bewegung, die im Sinne dieser geschichtlichen Aufgabe der Jugend gerichtet ist: Wo die revolutionäre Gestaltung des Lebens im Sinne einer neuen, besseren Periode der Menschheit fehlt, da ist kein Platz für die Jugend. Nicht reden und predigen, sondern gestalten und formen! Das Leben bilden! Und darum nicht ästhetisieren und philosophieren und moralisieren, sondern ins lebendige Dasein, in den Kampf um die Wirtschaft, in das Ringen um das Recht auf Existenz hinein und aus diesem Kampfe um den Menschen heraus die neue Sittlichkeit, die neue Philosophie, die neue Religion, die neue Geschichte, die neue Zeit!

Hier ist der Kampfplatz für die Jugend. Hier diesen Kampf um Existenz, als der Voraussetzung zum Menschen, durchglücken mit dem lebendigen Idealismus einer lodenden Seele, hier in diesem wirtschaftlichen Kampf des Alltags hineintragen die Idee der Freiheit, und aus diesem organischen Wurzelsystem im Boden des Rechts herausblühen lassen den Menschen, den neuen Menschen, das ist jugendliche Tat! Das ist die heilige Aufgabe der Jugend.

Nicht links und nicht rechts! Nur hier ist der Weg! Nicht reden von Altem. Aber auch nicht mit leeren, großen, scheinevolutionären Worten reden vom Neuen. Der neue Geist verbunden mit der Wirklichkeit. Aus der Wirklichkeit der Gegenwart organisch herausreifen, voll stürmenden Mutes und doch im klaren Bewußtsein des Zwanges der Verhältnisse.

Auch Perioden werden. Auch Perioden verlangen zum Reifen Zeit. Aber sie können nur werden, wenn der große, lebendige Geist vorhanden, der in Perioden zu fühlen und zu denken vermag, wenn lebendige Seele vorhanden; aber die große lebendige Seele, die sich nicht in Kleinigkeiten und Nismut verzehrt, sondern Großem lebt, in dem großen Gedanken, in dem großen Sinn der werdenden neuen Periode der Menschheit.

Und Jugend ist die Seele dieser Periode; Jugend, ob an Jahren alt oder jung. Junge Menschen verlangt die werdende neue Zeit, glaubende Menschen mit voller Seele und leuchtendem Blick; denn nur so kann die neue Zeit groß werden. Dr. Gustav Hoffmann.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes in den wichtigsten Ländern zeigte im Monat November keine entscheidenden Veränderungen. Auf der einen Seite hat der Eintritt des Winters durch Verminderung der Bautätigkeit und der andern Arbeiter, die während der kalten Jahreszeit gewöhnlich einen Rückgang erfahren, das Sinken des Beschäftigungsgrades verursacht, auf der andern Seite hat sich der Beschäftigungsgrad in manchen Industriezweigen, vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie, gehoben. Letzteres war in Deutschland, England, Frankreich und Belgien der Fall. Die Besserung wird auf die Angst der Käufer vor neuen Eisenzöllen zurückgeführt; sie wollen noch vor den Zollerhöhungen kaufen, und insofern ist die Konjunktur nicht natürlich. Die Lage des Bergbaues blieb trotzdem im allgemeinen gedrückt. Der deutsche und englische Bergbau mußte einen großen Teil der Förderung auf Halben werfen.

Die Löhne sind im Monat November im allgemeinen gestiegen, und zwar sowohl die Nominal- wie die Real-löhne. Die Preise sind seit Juli am Weltmarkt dauernd gestiegen, und eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ist nicht erfolgt. Erst in der letzten Zeit gelang es, durch Lohnbewegungen Erfolge zu erzielen, die jedoch in der Mehrzahl der Fälle nicht ausreichten, den Reallohn wieder auf den Stand vor der neuen Teuerungswelle zurückzuversetzen. Den Lohnbewegungen in England, Frankreich und Dänemark gelang es, die Forderungen wenigstens zum Teil mit friedlichen Mitteln durchzusetzen. Auch in Deutschland sind Lohnbewegungen durch Vereinbarungen und Schiedssprüche erzielt worden (zum Teil nur 5 bis 10 %, in einzelnen Zweigen der Lebensmittelindustrie auch 25 %); auch wurden die Bezüge der Beamten — diese aber völlig unzureichend — erhöht. In vielen Fällen bedurfte es aber hartnäckiger Lohnkämpfe und einer Anzahl kleiner und größerer Streiks, um eine Lohnbewegung zu erzwingen.

Neben diesen Lohnstreitigkeiten sollen noch folgende Arbeitskämpfe hervorgehoben werden: Die Eisenbahnerstreiks in Österreich, Griechenland und Argentinien, eine große Aussperrung der Textilarbeiter in Schweden, ausgedehnte Arbeitskämpfe in Japan. Der Streik der österreichischen Eisenbahner, der mit vollem Erfolg beendet wurde, verdient wegen seines politischen Hintergrundes — er war die Folge des unglücklichen Sanierungswerkes von Genf — eine besondere Beachtung.

Aus dem Leben der Gewerkschaften sollen die Verfolgungen verzeichnet werden, denen diese in Finnland, Rumänien und Jugoslawien ausgesetzt waren. Die Verfolgung und Einkerkelung der finnischen Gewerkschaftsführer hat zu lebhaften Protesten der internationalen und nationalen Organisationen Anlaß gegeben. — Der Abbröckelungsprozeß der italienischen Gewerkschaften vom Faschismus schreitet weiter fort. Gegen den Tarifvertrag, den die Faschisten abschlossen, ist die Unzufriedenheit im Wachsen. Die faschistischen Gewerkschaften, insbesondere die Angestelltenorganisationen, möchten nun durch sozialpolitische Anträge, wie Urlaub, Benutzung der freien Zeit, die verlorenen Seelen wieder zurückgewinnen. — In Österreich schritt man zur Gründung einer Sektion der Bundesarbeiterschaft, die in der Gewerkschaftskommission die Interessen der „Arbeiterchaft im Dienste der Republik“ einheitlich vertreten soll. Die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, die verschiedenen Organisationen angehören, sollen durch diese Sektion ein gemeinsames Organ erhalten. Die öffentlichen Angestellten Österreichs und auch die Angestellten der Gemeinde Wien haben durch Zusammenschluß den „Österreichischen Hauptverband der öffentlichen Angestellten“ gegründet. — In Indien wurden die Statuten des neuen Gewerk-

schaftsbundes, dem die Landeszentralen angehören, ausgearbeitet. Ein Streik, der ohne die Einwilligung des Gewerkschaftsbundes erklärt wird, hat keinen Anspruch auf Unterstützung.

Auf sozialpolitischem Gebiete standen die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit weiter im Vordergrund. Das neue Gesetz in der Schweiz, das vor kurzem durch das Parlament angenommen wurde, stellt die Arbeitslosenversicherung auf eine neue Grundlage: die einzelnen Länder (Kantone), Gemeinden, Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer sollen künftig die Träger der Sozialversicherung sein. Der Bund selbst gibt Zuschüsse im Verhältnis der von diesen Organisationen verteilten Unterstützungen. Letzteres, das sogenannte Genter System der Arbeitslosenunterstützung, wird im Frühjahr nächsten Jahres in der Tschechoslowakei eingeführt, und zwar in der Form, daß die Gewerkschaften aus ihren Mitteln Unterstützungen gewähren, wozu der Staat dementsprechende Zuschüsse zahlt. In Polen wurde ebenfalls vor kurzem ein Gesetz für Arbeitslosenunterstützung angenommen. Es sollen noch die Arbeiten der amerikanischen Regierungskommission und der englischen Gelehrten erwähnt werden, die sorgfältig ausgearbeitete Pläne für die Vorbereitung von öffentlichen Arbeiten in Konjunkturzeiten und deren richtige Verteilung in der Krisenzeit enthalten. — Die Angestelltenorganisationen mußten sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit besonders beschäftigen. Der Abbau der Privat- und Vorkriegsstellungen in Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen nimmt immer noch seinen Fortgang. Aus Indien und Litauen wird eine ungeheure Arbeitslosigkeit der Angestellten berichtet.

In bezug auf die Arbeitszeit lenkt der IGB die Aufmerksamkeit auf die Pläne zur Schaffung internationaler Kartelle, die neben wirtschaftlichen Zielen auch denen der sozialpolitischen Reaktion dienen können. In Unternehmerrreisen reben man den internationalen Kartellen das Wort, um durch sie die einheitliche Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Inzwischen wurden Versuche gemacht, die bestehenden Gesetze durch Ausnahmeverordnungen zu durchlöchern. So wurde zum Beispiel die Arbeitszeit der Wälder in Deutschland, die der Zuckrarbeiter in Polen gesetzlich verlängert. Die österreichischen Bergarbeiter konnten den Versuch der Arbeitszeitverlängerung vorläufig abwehren. In Australien wurde die Arbeitszeit in einer Anzahl von Berufsgruppen von 44 auf 48 Stunden verlängert. Auf der andern Seite steht als Zeichen des sozialen Fortschrittes der Entschluß des französischen Marineministers, den Aktist und den Tag für die Seeleute, der durch eine frühere Verordnung aufgehoben wurde, wieder einzuführen. Das Handelsministerium in den Vereinigten Staaten hat in der Eisen- und Stahlindustrie eine Untersuchung in bezug auf das Dreischichtensystem ausgearbeitet, die ergab, daß die meisten Betriebe sich bereits auf die Dreischichtenarbeit umgestellt haben, und zwar mit dem besten Erfolg (gleichzeitig machen die deutschen Unternehmer eine wüste Propaganda für die Wiedereinführung der fluchwürdigen Zweischichtenarbeit).

Aus dem Gebiete der übrigen Sozialpolitik heben wir folgendes hervor: Die französische Regierung erwägt die Ausdehnung der Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten. Auch in England wird über diesen Punkt gestritten. Die Arbeiterpartei wünscht die Ausdehnung des Verfahrens, ohne daß der Schiedsspruch die Arbeiterschaft endgültig verpflichten soll. — In Indien, wo in der letzten Zeit eine sehr ausgiebige sozialpolitische Tätigkeit einsetzte, wurde ein Gesetz zur Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten geschaffen. — Auch in Australien, dem Lande, wo ähnliche Einrichtungen am längsten bestanden, wurde vor kurzem ein neues Schlichtungsgesetz angenommen. Die konservative Regierung Englands gedenkt borerst nicht, die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten Zeit anzutasten. Auch wird das Wohnungsbauprogramm der Arbeiterregierung durchgeführt. — Den Arbeiterbanken wendet sich eine wachsende Aufmerksamkeit der Arbeitnehmerorganisationen zu. Nach Deutschland soll auch in England und Belgien zur Gründung einer Gewerkschaftsbank geschritten werden. In Dänemark besteht eine solche bereits seit mehreren Jahren. A. H.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur Werbearbeit unter den Lehrlingen

können die Zahlstellen noch vorhandene Nummern des „Jung-Zimmermann“ beziehen. Soweit als möglich wird den Wünschen der Zahlstellen Rechnung getragen. Wo also in den Zahlstellen noch organisationsfähige Lehrlinge sind, sollten die Zahlstellenleitungen unverzüglich mit der Aufklärungsarbeit beginnen. Der „Jung-Zimmermann“ wird bei dieser Aufgabe wertvolle Dienste leisten.

Der Zentralvorstand.

Kaufgeschäftsliches.

Aufwertung von Sparfassenguthaben.

Eine Reihe Zahlstellen dürfte noch Sparfassenguthaben aus der Vorkriegszeit oder aus der Vorzeit des Währungs-zusammenbruches stehen haben.

Nach der dritten Steuernotverordnung (§ 7 Absatz 1) müssen Ansprüche auf Aufwertung von Sparfassenguthaben bis spätestens zum 31. Dezember dieses Jahres bei den Sparfassen angemeldet sein.

Die Zahlstellenvorstände werden daher darauf aufmerksam gemacht, daß sie, falls es noch nicht geschehen ist, die pp. Guthaben schleunigst zum Zwecke der Aufwertung durch Vorlegung der Kontrabücher bei den in Betracht kommenden Sparfassen anzumelden haben. Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreckt wird in Harpstedt und Verden a. d. Aller.

Ausgesperrt sind die Zimmerer im Saargebiet.

Gesperrt ist in Reitz, Bezirk Theßen, das Kraftwerk Sauer, in Freiburg i. B., Bezirk Löffingen, die Firma Benz.

Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit in Ostpreußen im Jahre 1924. Für Ostpreußen waren zwei Tarifverträge auf Grund des Reichstarifvertrages abgeschlossen, der eine für Königsberg, der andere für die Provinz. Am Schlusse des Jahres 1923 stand der Stundenlohn in Königsberg auf 67 M , in der Provinz auf 59 M . Eine zum 23. Dezember 1923 angeordnete Verhandlung kam nicht zustande. Die Unternehmer konnten nun ihr Vorgehen, den Lohn zu kürzen, zur Ausführung bringen. Die Leitung der Unternehmerorganisation veranlaßte auch ihre Mitglieder den Stundenlohn in Königsberg um 24 M , in der Provinz um 21 M zu kürzen, also nur noch 43 M respektive 38 M auszuzahlen. Die furchtbar große Arbeitslosigkeit, dazu der strenge Winter, schienen den Unternehmern besonders geeignet, um ihr Ziel zu erreichen. Wirkliche Gegenmaßnahmen ließen sich nicht in allen Orten ergreifen; aber durch eine beim Tarifamt in Königsberg anhängig gemachte Lohnklage wurde eine Entscheidung herbeigeführt, die besagte, daß der alte Lohn so lange zu zahlen sei bis durch Vereinbarung ein neuer Lohn festgesetzt sei. Am 14. Februar 1924 erst kamen die Parteien wieder zur Verhandlung; dabei wurde vereinbart, daß der Stundenlohn für Königsberg für die Zeit vom 1. bis 31. Januar 58 M und vom 1. bis 29. Februar 56 M , für die Provinz für die gleichen Zeitabschnitte 51 und 49 M betragen solle. Da die Unternehmer aber gleichzeitig die Arbeitszeitfrage anschnitten, entbrannte ein heftiger und langer Kampf. Die Unternehmer riefen den Schlichtungsausschuß um Hilfe an, und dieser entschied am 24. März, daß die wöchentliche Arbeitszeit in Königsberg 56 Stunden und in der Provinz 58 Stunden betragen solle. Unsere Kameraden lehnten diesen Schiedsspruch ab, und für die Unternehmer war diese Ablehnung Grund genug, die Lohnvereinbarung nicht innezuhalten. Arbeitsstellen und Ausperrungen wechselten einander in den einzelnen Bahnhöfen ab. Am 15. April fanden sich die Parteien wieder am Verhandlungstisch zusammen. Es kam zu einer Vereinbarung, wonach die wöchentliche Arbeitszeit grundsätzlich 48 Stunden betragen solle, aber mit Zustimmung der Betriebsvertretung bis auf 54 Stunden ausgedehnt werden könne. Unsere Kameraden lehnten diese Vereinbarung ab, die Unternehmer drohten mit einer allgemeinen Aussperrung; gleichzeitig beantragten sie die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 24. März. Der Schlichter hat den Unternehmern auch diesen gefallen getan. Diese Verbindlichkeitsklärung hat aber gar keine Wirkung ausgeübt. Der Kampf ging ganz besonders in Königsberg weiter. Lohn- und Arbeitszeitfrage waren nun erst recht untrennbar voneinander. Wie schwer dieser Zustand auch auf die Unternehmer wirkte, läßt sich daraus schließen, daß sie bei einer Verhandlung, die am 8. Juni unter Leitung eines Vertreters der Regierung stattfand, für Königsberg einen Stundenlohn von 67 M und für die Provinz 59 M boten, gleichzeitig aber auf die Verlängerung der Arbeitszeit bestanden. Am 8. Juni entschloß sich die Unternehmerorganisation zu einem Gewaltstreik; sie diktierte, daß in der Provinz nur noch ein Stundenlohn von 49 M zu zahlen sei. Den Schlag parierten unsere Kameraden durch Arbeitseinstellung, worauf am 18. Juni die allgemeine Aussperrung erfolgte. In dem großen Kampf in Ostpreußen waren in 27 Bahnhöfen 1044 Kameraden beteiligt, die zusammen 21 692 Tage ohne Arbeit waren. Am 9. Juli fanden auf Veranlassung der Regierung Verhandlungen statt; sie führten dazu, daß die Parteien einig wurden, ein freies Schiedsgericht einzusetzen. Dieses tagte am 11. Juli und entschied: „Die Achtundvierzigstundenswoche wird grundsätzlich anerkannt. Die Arbeitszeit wird bis zum 31. März 1925 wie folgt geregelt: Vom Tage der Arbeitsaufnahme an bis zum 15. Oktober 1924 wird eine zuschlagsfreie Mehrarbeit von 4 Stunden in der Woche geleistet. Vom 15. Oktober an fällt die zuschlagsfreie Mehrarbeit fort. Wo länger als 52 Stunden in der Woche gearbeitet worden ist, ist Mehrarbeit weiterhin in bisheriger Umfang zulässig, jedoch nur bis zum 15. Oktober 1924.“ Der Stundenlohn wurde bis zum 15. September für Königsberg auf 72 M , für die Provinz auf 63 M festgesetzt. Die Kampfmaßnahmen wurden aufgehoben. Freude an dem Schiedsspruch über die Arbeitszeit hat keine der Parteien empfunden. Maßgebend blieb die Konjunktur, und diese ermöglichte, daß in Königsberg, der Hauptstadt der Provinz, wie auch in einigen anderen Orten nur 48 Stunden gearbeitet wurde. Am 15. Juli wurde für Königsberg und für die Provinz ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die späteren Lohnverhandlungen vollzogen sich nicht reibungslos; noch einmal versuchten die Unternehmer, durch ein Diktat den Lohn für die Provinz zu drücken, ihn auf 49 M herabzusetzen. Erneute Arbeitseinstellung war die Folge. Am 29. September entschied das Bezirkslohnamt, daß der Stundenlohn für Königsberg 77 M , für die Provinz 67 M in der einen und 60 $\mathbf{M}$ in der anderen Lohnklasse betragen solle, und daß dort, wo bisher 63 M gezahlt wurden, das auch weiter zu geschehen habe. Die Einteilung der Orte in der Provinz nach Lohnklassen entsandte noch einmal eine Anzahl von Arbeitseinstellungen. Die Lohnfestsetzung vom 29. September hat bis zum 31. März 1925 Gültigkeit.

Berichte aus den Bahnhöfen.

Wschaffenburg. Am 23. November fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kamerad Sauer, Frankfurt a. M., sprach über: „Was soll geschehen, um die Ruhe der Zimmerer von Wschaffenburg zu besetzen?“ Er besprach zunächst die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter und zeigte, daß sie nur mittels einer starken gewerkschaftlichen Organisation besser gestaltet werden könne. Im weiteren entwickelte er Richtlinien über die

notwendige Organisationsarbeit in Wschaffenburg. Daran schloß sich eine lebhafte Aussprache. Hauptsächlich wurde die Nachlässigkeit des früheren Bahnhofsleiters gerügt. Ferner kamen noch die Differenzen mit der Firma Oberburg zur Sprache. Dann fand ein Antrag einstimmig Annahme: Kameraden, die sich bewußt ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber entziehen, sind bei späterer Wiederaufnahme mit einer Geldbuße von 5 M zu belegen. Unter „Verschiedenes“ wurden 2 alte Mitglieder zu Ehrenmitgliedern ernannt. Ferner wurde beschlossen, für den verunglückten Kameraden eine kleine Unterstützung bereitzustellen. Am Schlusse der gut verlaufenen Versammlung war der Eindruck vorhanden, daß es bei einigem guten Willen und Mitarbeit seitens der Kameraden in der hiesigen Bahnhofsstelle auch wieder vorwärtsgehen kann.

Berlin und Umgebung. Im November tagte im Gewerkschaftshaus unsere ordentliche Bahnhofsstellenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im 3. Quartal verstorbenen 12 Kameraden. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde nach einigen durch den ersten Kassierer richtig gestellten Anfragen genehmigt und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorsitzende teilte mit, daß ein Teil der Lokalfassungsgelder bei der Girobank der Stadt Berlin aufbewahrt wird, während in Zukunft alles Geld der Lokalkasse bei der Gewerkschaftsbank eingezahlt wird. Die Versammlung beschloß dementsprechend einstimmig. Kamerad Neppschläger berichtete ferner über die Entschädigung der Bezirkskassierer. Die Bahnhofsstelle Berlin hat mit 43 Bezirkskassierern zu arbeiten und um die Arbeitsfreudigkeit der Kassierer zu heben und einem öfteren Wechsel derselben vorzubeugen, schlägt der Vorstand vor: Die Kassierer erhalten bei Pausfasserung 5 % und bei Lokalfasserung 4 % Entschädigung für jede verkaufte Marke, einschließlich der Erwerbslosenmarke. Die Delegierten nahmen nach kurzer Diskussion den Vorschlag gegen wenige Stimmen an. Des weiteren lag ein Antrag vor, die einzelnen Bezirksstreikleitungen, wie bei früheren Streiks, auch für den letzten achtwöchigen Streik zu entschädigen. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Eine ganze Reihe Bezirke hatten Anträge gestellt, die Entschädigung abzulehnen und dafür 500 M der Internationalen Arbeiter- oder der Roten Hilfe zu überweisen. Begründet wurden die Anträge damit, daß erstens während unseres letzten Streiks die Internationale Arbeiterhilfe die einzige Institution war, die neben der zentralen Unterstützung unsern Streik finanziell unterstützte, und zweitens sind im vergangenen Winter, als der größte Teil unserer Kameraden arbeitslos war, viele Kameraden durch Verabfolgung von warmem Essen und Brot, ohne Unterschied der Person, unentgeltlich unterstützt worden. Daraufhin wurde der Antrag, die Bezirksstreikleitungen zu entschädigen, gegen 1 Stimme abgelehnt. Der Antrag des Bezirks 24, 500 M der Internationalen Arbeiterhilfe zu überweisen, wurde gegen 18 Stimmen angenommen. Ein Vorschlag des Vorstandes, wie in früheren Jahren, auch in diesem Jahre zu Weihnachten nach denselben Grundsätzen wie früher hilfsbedürftige Mitglieder, Invaliden, Kranke und Arbeitslose besonders zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Zur Aufbesserung der Bibliothek lag ein Antrag des Bezirks 12 vor, eine Summe bis zu 500 M bereitzustellen. Er wurde gegen 8 Stimmen angenommen. Der zweite Vorsitzende gab darauf den Bericht der Schiedskommission über zurückgestellte Verhandlungen. Den Ausschluß gegen die Mitglieder Paul Kaperst, Johann Knospe und Max Nieprastich aus dem Verbandsrat beim Zentralvorstand zu beantragen, wurde angenommen. Dasselbe wurde gegen das Mitglied Otto Kaufmann mit 62 gegen 46 Stimmen beschlossen wegen unamerabachtlichen Betragens und Herabwürdigung einer Verbandsinstitution. Kamerad Neppschläger berichtete zum Schluß noch über verschiedene Mißstände auf einzelnen Arbeitsstellen. So werden bei der Firma Fiebig & Becker von Einschulern — der größte Teil ist aus Bayern angefordert — 10, 12 und noch mehr Stunden gearbeitet. Vermittelt werden diese Arbeitswilligen von einem deutschen Nationalen Verein in der Wehrstraße. Unsere Organisationsleitung hat dort eingegriffen und erreicht, daß die achtstündige Arbeitszeit innegehalten wird. Die Bayern bieten sich jedoch an länger zu arbeiten. Festgestellt wurde, daß bei 2 Firmen — Watz & Freitag und Venz & Co. — Zimmerleute in Afford arbeiten. Bei der Firma Luchserer aus Schlesien, die hier den Bau einer Radio-Mechanik ausführt, erreichten die Zimmerer durch kurze Arbeitsniederlegung eine tägliche Zulage von 1,50 M . Kamerad Neppschläger richtete noch ein dringendes Mahnwort an die Delegierten, dafür zu sorgen, daß immer wieder strengste Bücherkontrolle auf den Arbeitsstellen vorgenommen wird und wo noch kein Vertrauensmann ist, sofort einer gewählt werden muß.

Dortmund. Am 26. Oktober fand im Gewerkschaftshaus unsere Bahnhofsstellenversammlung für das 3. Quartal statt. Dem Bericht des Bahnhofsstellenvorstandes war zu entnehmen, daß sich unsere Bahnhofsstelle wieder im Aufstieg befindet; aber es sei eine umfangreiche Arbeit zu verrichten, infolgedessen wäre es notwendig, heute endgültig zu der Frage eines Freigestellten Stellung zu nehmen. Der Vorschlag des Vorstandes begründete Kamerad Hermann damit, daß es auf die Dauer unmöglich sei, alle Arbeiten nebenamtlich zu bewältigen. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß ein Teil unserer besten Augenbezüge vollständig versetzt sei. Damit überall wieder Verbindung aufgenommen werden könne, sei erforderlich, daß die heutige Bahnhofsstellenversammlung eine klare Entscheidung herbeiführe. Der Vorstand habe sich dieserhalb mit dem Kameraden Raserte in Verbindung gesetzt. Kamerad Raserte lehne aber ab, den Posten als Freigestellter in der Bahnhofsstelle Dortmund wieder zu übernehmen. Hierauf erhielt der Gauleiter, Kamerad B. Janßen, das Wort. Er begrüßte den Vorschlag des Bahnhofsstellenvorstandes; denn wenn die Bahnhofsstelle Dortmund nicht noch weiter zurückgehen solle, müsse dieser Schritt getan werden. Er empfahl den Anwesenden, nicht an kleinen Fragen hängen zu bleiben, sondern den großen Organisationsgedanken in den Vordergrund zu stellen; denn die Bahnhofsstelle Dortmund bedürfe einer neuen Belebung. Erst wenn alle Bahnhofsstellen

tadellos funktionieren, werde auch der gesamte Verband wieder intakt sein. Kamerad Janßen hat die Anwesenden, endlich die Gleichgültigkeit und die Interesslosigkeit abzuschütteln und alle wieder ehrliche Kämpfer für unsere gerechten Forderungen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu werden. Da Kamerad Raserte auch hier ablehnte, das Amt als Freigestellter zu übernehmen, bat Kamerad Janßen die Anwesenden, sich über den Vorschlag des Vorstandes auszusprechen und die Entscheidung heute zu fällen. Die Ausführungen des Kameraden Janßen fanden großen Beifall. An der Aussprache beteiligten sich die Kameraden sehr rege; alle waren sich über die Notwendigkeit einig, einen Kameraden freizustellen. Von den vorgeschlagenen Kameraden wurde mit großer Majorität Kamerad Pfeffer gewählt. Er nahm die Wahl an und forderte alle Kameraden zur Mitarbeit auf; denn ohne diese würde der Beste keine erfolgreiche Arbeit leisten können. Kamerad Hermann erwähnte noch, daß sich der Baumarkt etwas belebt habe, daß aber im Landgebiet fast gar keine Arbeit vorhanden sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir zum Frühjahr im Industriegebiet eine gute Bautätigkeit bekämen. Nachdem noch einige Anfragen erledigt waren und sämtliche Anwesenden erneut das Gelöbnis abgelegt hatten, daß sie treu zum Verbandsrat stehen, schloß Kamerad Hermann die Versammlung.

Leipzig. Ueber das Thema: „Der Dawes-Plan und die Gewerkschaften“ referierte am 25. November der Verbandsvorsitzende, Kamerad Schönfelder, Hamburg, in einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Leipzig. Ein Antrag, den Kameraden Schönfelder nur reden zu lassen, wenn auch ein Korreferent das Wort erhalte, wurde abgelehnt. Als Korreferent hatte die Opposition sich den früheren Kassierer der Bahnhofsstelle Merseburg, Hermann Graumann aus Halle, verschrieben; er sollte den Leipziger Zimmerern zeigen, wie praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet wird. Kamerad Schönfelder erledigte seine Aufgabe in vorzüglicher Weise. Er zeigte die Nachteile des Dawes-Plans auf und behandelte insbesondere die Lastenverteilung und ihre Wirkung auf die arbeitende Bevölkerung. Unter allen Umständen müsse verhindert werden, daß der Arbeiterschaft die gesamten Lasten aufgedrückt würden. Das könne nicht durch Forderungen geschehen, sondern nur durch Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Die Stabilität der deutschen Währung ist mit ein Mittel zur Befundung der deutschen Wirtschaft und somit indirekt zur Festigung der in der Inflationsperiode erschütterten und geschwächten Gewerkschaften. Ein mit dem Sowjetstern geschmückter jugendlicher Arbeiter, der, wie sich herausstellte, in einem Verbandsrat nicht angehört, ja, überhaupt nicht organisiert war, wurde, weil er den Referenten mehrfach durch unqualifizierte Zwischenrufe störte, an die Luft gesetzt. Das Referat und die lebhafte Zustimmung der Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer war ein Beweis, daß die Leipziger Zimmerer in der Mehrheit auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehen. Kamerad Kroneberg legte folgende Entschließung zur Annahme vor: „Die am 25. November 1924 tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Bahnhofsstelle Leipzig, erklärt: Die freien Gewerkschaften sind verpflichtet, dahin zu wirken, daß die Verteilung der Lasten im Sachverständigengutachten nicht zuungunsten der deutschen Arbeiterschaft durchgeführt wird. Die Versammelten verpflichten den Zentralvorstand, im ADGB, dahin zu wirken, daß die Erfüllung des Dawes-Planes nicht auf Kosten des Achtstundentages durchgeführt wird.“ Der erste Diskussionsredner opponierte gegen die Ausführungen des Referenten. Er brachte eine seiner Ansicht entsprechende Entschließung ein, während der zweite Redner sich auf den Boden der vom Referenten vertretenen Auffassung stellte. Nach einem Schlusswort des Kameraden Schönfelder wurde die vom Kameraden Kroneberg eingebrachte Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen. Beschlossen wurde noch daß die Anstellung von berufsmäßigen Hauskassierern nicht durchgeführt werden soll; die Entschädigung der jetzt ehrenamtlich tätigen Kameraden soll vom 1. Oktober 1924 an pro Mitglied und Quartal 65 M betragen. Dem Antrage des Vorstandes, den erwerbslosen Mitgliedern der Bahnhofsstelle einen lokalen Zuschuß zu gewähren, wurde zugestimmt. Die Höhe des Lokalzuschusses richtet sich nach Beitragsklasse 4 des § 14 der Verbandsstatuten; der Zuschuß wird vorläufig auf die Dauer von 8 Wochen zu. Auszahlung gebracht. Zugereiste Verbandsmitglieder erhalten, wenn sie im Besitz einer Reiselegitimation und ausgeteuert sind, ein Lokalgeschenk von 1 M . Mit dem Appell sich am 7. Dezember 1924 reiflos an der Reichstagswahl zu beteiligen und dafür zu sorgen, daß keine Stimme den Feinden der Arbeiterklasse zufällt, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sorau. In einer zum 29. November, nachmittags 2 Uhr, einberufenen Versammlung sprach Kamerad Köhler aus Dresden. Leider war der Besuch nur mäßig, so daß nur wenige Kameraden das lehrreiche Referat hörten. Zur selben Zeit, nämlich als die Versammlung stattfand, wurde ein Kamerad beerdigt, dem eine Anzahl Mitglieder das letzte Geleit gaben. Im großen ganzen ist jedoch eine regere Beteiligung an den Versammlungen sehr erwünscht. Verügt wurde auch die Laubei der Kameraden in Christianstadt. Einige Kameraden erbieten sich freiwillig, nach dort zu fahren, um die Mitglieder wieder auf die richtige Bahn zu bringen.

Baugewerbliches.

Amtliche Hebertreibungen über die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe? Von einem „starken Ausschlag der Bautätigkeit in Preußen“ weiß die Tagespresse zu berichten. Die Meldung ist angeblich dem amtlichen preussischen Pressedienst aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium zugegangen. „In den meisten Städten ist“ — so wird darin ausgeführt — „das Baugewerbe durch Aufträge für den Wohnungsbau bis zu 100 % beschäftigt. Einzelne Zweige des Baugewerbes sind durch Neubauten und Instandsetzungsarbeiten sogar schon überbeschäftigt, so daß sich bereits ein empfindlicher Mangel an gelernten Fach-

einern bemerkt zu machen beginnt. Diese erfreuliche Belebung des Wohnungsbauwesens ist der Hauszinssteuer zu danken, deren günstige Erträge dazu beigetragen haben, die finanziellen Schwierigkeiten zu erleichtern, die sich infolge des Mangels an Baugeld dem Wohnungsbau entgegenstellen. Die günstige Lage des Baumarktes ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Grundzüge der staatlichen Wohnungspolitik die richtigen gewesen sind. Gegenüber dem tatsächlichen Erfolg wie er sich in der Vollbeschäftigung des Baugewerbes ausdrückt, sind die bekannten Einwände, die insbesondere aus den Kreisen des organisierten Hausbesitzes aus naheliegenden Gründen immer wieder gegen die staatliche Wohnungspolitik vorgebracht werden, nicht länger haltbar.

Eine weitere Zunahme der Bautätigkeit ist mit Sicherheit auch für das nächste Jahr zu erwarten. Eine Steigerung wird aber nur dann möglich sein, wenn schon jetzt für einen genügenden Nachschuß im Baugewerbe Vorsorge getroffen wird. Einerseits müssen dem Baugewerbe in vermehrtem Umfang Lehrlinge zugeführt werden, andererseits ist an eine Umschulung junger Arbeitskräfte aus denjenigen Industriezweigen zu denken, die zurzeit und auf längere Dauer mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Eine stillschweigende Voraussetzung für die weitere Belebung der Bautätigkeit ist allerdings, daß der Anteil, der von den Erträgen der Hauszinssteuer für die Förderung des Wohnungsbauwesens zur Verfügung gestellt wird, im nächsten Jahre eine beträchtliche Erhöhung erfährt. Es darf aber mit Sicherheit angenommen werden, daß das kommende Parlament diese Notwendigkeit erkennen und die erforderlichen Schritte in dieser Richtung sobald als möglich einleiten wird. Kann aber, im Vertrauen auf die Erträge der Hauszinssteuer, mit einer stetigen Zunahme der Bautätigkeit gerechnet werden, so rückt mit der fortschreitenden Vermehrung des Wohnungsangebots allmählich auch der Zeitpunkt heran, wo an eine völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft gedacht werden kann.

Erweit die „amtliche“ Meldung, die wenn sie zutreffend wäre, sicherlich am meisten von den baugewerblichen Arbeitern begrüßt würde. Uns scheint die Meldung indes stark übertrieben. Zweifellos ist eine Besserung auf dem baugewerblichen Arbeitsmarkt in den letzten Monaten unverkennbar. Aber daß das Baugewerbe heute bereits „durch Aufträge für den Wohnungsbau bis zu 100 % beschäftigt“ einzelne Zweige des Gewerbes sogar schon überbeschäftigt seien, erscheint uns nicht recht glaubhaft. Unsere Feststellungen über die Arbeitslosigkeit besagen etwas anderes. Danach war im Oktober noch immer ein erheblicher Prozentsatz Zimmerleute ohne Beschäftigung. Für die übrigen baugewerblichen Arbeiter war die Arbeitsmarktlage nicht besser. In den letzten Monaten ist sogar, das wird durch die Berichte im „Reichsarbeitsblatt“ bestätigt, ein Rückgang der Bautätigkeit festzustellen. Von einem „starken Aufschwung“ ist daher im Ernst nicht zu reden. Meist verbergen sich hinter solchen alarmierenden Nachrichten gewisse Absichten. Sie sind am Schluß der amtlichen Notiz, zwar sehr versteckt, angedeutet, aber doch immerhin erkennbar: Es kann, wenn der Baumarkt noch weitere Verbesserungen erfährt, allmählich „an eine völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft gedacht werden“. Wir sind nicht der Meinung, daß daran gedacht werden kann, ehe das Wohnungsbedürfnis einigermaßen Befriedigung gefunden hat. Und auch dann wird noch ernstlich zu überlegen sein, wie weit die Fesseln der Wohnungszwangswirtschaft gelockert werden können.

Der Verband sozialer Baubetriebe beschloß in seiner Gesellschafterversammlung am 21. November, das Stammkapital von 125 Millionen Papiermark auf 150 000 Goldmark umzustellen, die vom Aufsichtsrat vorgelegte Goldmarkbilanz zu genehmigen und das Goldmarkstammkapital von 150 000 auf 660 000 Goldmark zu erhöhen. Die Gesellschafter bilden 14 Gewerkschaften und 18 Bauhüttenbetriebsverbände.

Eine Beiratsitzung des Verbandes, die am Tage vorher stattfand, beschäftigte sich zur Hauptsache mit Organisationsfragen. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der gemeinsam mit der Geschäftsführung Anregungen über grundsätzliche Änderungen im Aufbau der Bauhüttenbewegung zu prüfen und der nächsten Sitzung des Beirats dahingehende Vorschläge zu unterbreiten hat. Weiter wurde beschlossen, daß die Bauhüttenbetriebsverbände Prüfungsbeamte anzustellen haben, deren Aufgabe es ist, die Betriebe ihres Bezirks zu beraten, ihnen bei Einführung von Neuerungen usw. behilflich zu sein und gesammelte Erfahrungen für alle Betriebe nutzbar zu machen. Außerdem sollen nach einem Beschlusse des Beirats mit dem neuen Stammkapital nur Betriebe unterstützt werden dürfen, die nach den Grundzügen und Richtlinien des Verbandes sozialer Baubetriebe arbeiten und die durch ihre Leitung die Gewähr für eine wirtschaftliche Verwendung des ihnen zur Verfügung gestellten Kapitals bieten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Gewerkschaften und Handelsvertragsverhandlungen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte, wie wir bereits in Nr. 48 des „Zimmerer“ mitteilten, in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister sein Befremden darüber ausgedrückt, daß zu den deutsch-französischen Verhandlungen nicht auch Vertreter der Gewerkschaften zugezogen worden seien. Dieser Stellungnahme des ADGB. haben sich die übrigen Spitzen-gewerkschaften angeschlossen. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ ist den Spitzen-gewerkschaften aller Richtungen vom deutschen Auswärtigen Amt mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung, den Wünschen der Gewerkschaften entsprechend, zu den künftigen Handelsvertragsverhandlungen auch Vertreter der Gewerkschaften zuziehen will. Die Spitzenverbände sind aufgefordert worden, ihre Vertreter zu benennen.

Sozialpolitisches.

Internationaler Vergleich der Reallohne. Der Vergleich der in den verschiedenen Ländern gezahlten Reallohne untereinander stößt auf die größten Schwierigkeiten. Nicht nur weil entsprechende auf gleichen Grundfassen aufgebauete Lohn- und Lebenshaltungsstatistiken, die eine genügende Grundlage für einen Vergleich bieten würden, nicht vorhanden sind, sondern auch deshalb, weil die Reallohne angesichts der großen Verschiedenheiten der Lebensführung der Arbeiter in den einzelnen Ländern schwer untereinander vergleichbar sind. Das Internationale Arbeitsamt hat trotzdem beschloffen, von Oktober dieses Jahres angefangen, für jeden Monat laufend einen solchen Vergleich anzustellen. Dieser erstreckt sich nur auf die größeren Hauptstädte und berücksichtigt nur die Ernährungs- und Wohnungskosten; die übrigen Kosten, die die Lebenshaltung erfordert, konnten infolge der großen Verschiedenheiten nicht beachtet werden. Die Vergleichung der Reallohne geschah auf die Weise, daß zunächst einmal der wöchentliche Verbrauch für die wichtigsten Nahrungsmittel in den verschiedenen Ländern auf Grund der eingefandten Angaben festgestellt wurde. Es ergab sich, daß gewisse Gruppen in der Ernährungsweise eine große Ähnlichkeit miteinander aufwiesen, weshalb sie gemeinsam behandelt werden können. Diese Gruppen sind: Frankreich und Belgien; Südeuropa; Mitteleuropa; Skandinavien und Holland; die Vereinigten Staaten und Kanada. England hat eine Sonderstellung. Die Summe der in einem Lande von einer Arbeiterfamilie in der Woche verbrauchten Nahrungsmittel wird als eine Ernährungseinheit „Lebensmittelforb“ (panier) bezeichnet und es wird gefragt, wieviel „Lebensmittelförbe“ kann ein Arbeiter aus seinem Wochenlohn bestreiten, und zwar sowohl von den für sein eigenes Land beziehungsweise seine eigene Gruppe berechneten wie von den für die übrigen Länder geltenden Lebensmittelförben. So konnte Anfang Januar zum Beispiel ein Zimmermann in Berlin aus seinem Wochenlohn den englischen Lebensmittelforb 5,4mal, den skandinavischen 4,06mal, den mitteleuropäischen (wogu auch Deutschland gehört) 5,81mal laufen. Ein englischer Zimmermann konnte dagegen aus seinem Wochenlohn den englischen Lebensmittelforb 10,8mal, den skandinavischen 7,57mal, den mitteleuropäischen 11,78mal laufen. Wenn man den Lebensmittelforb eines Landes, zum Beispiel Englands, zur Grundlage des Vergleiches nimmt und mit 100 bezeichnet, dann kann man für die übrigen Ländergruppen Maßzahlen errechnen, die die Kaufkraft des Reallohnes in einem Lande, verglichen mit der in anderen Ländern und angepasst den Lebensgewohnheiten dieser Länder beziehungsweise Ländergruppen, ausdrücken. Aus diesen einzelnen Maßzahlen kann man dann eine allgemeine Maßzahl errechnen; außerdem kann man auch noch den Anteil der Mieten an den Lebenshaltungskosten berücksichtigen. Die „Revue internationale du Travail“ hat diese Maßzahlen für Oktober bereits veröffentlicht. Leider fehlen die Angaben für Deutschland. Wenn man die Reallohne in England mit 100 setzt, so sind die auf der ausgeführten Grundlage berechneten Reallohne unter Berücksichtigung der Mieten die folgenden: Amsterdam 88, Brüssel 64, Christiania 72, Madrid 57 (ohne Miete), Mailand 49, Ottawa (Kanada) 155, Paris 73 (ohne Miete), Philadelphia 213, Prag 61, Rom 50, Stockholm 79, Warschau (ohne Miete) 88, Wien 51. Die Reallohne in Warschau sind in der Wirklichkeit viel geringer als nach der Statistik, da die mitgeteilten Löhne sich nur auf die bestbezahlten Arbeiter beziehen. Die Reallohne in Rom und Mailand dürften dagegen etwas höher sein, da gewisse wichtige Nahrungsmittel nicht genug berücksichtigt wurden. Trotzdem kann man aus diesen Ziffern sehen, wie außerordentlich hoch die Unterschiede in den Reallohnen der verschiedenen Länder noch sind.

Literarisches.

Walbweihnacht. Ein Spiel für Kinder- und Jugendgruppen von Karl Eichler. Aufführungsrecht bei Abnahme von 15 Exemplaren. Preis 40 $\mathfrak{M}$. Berlin 1924. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Walbweihnacht, der Name sagt schon, daß es im winterlichen Walb spielt. Ein wirklicher Knecht Ruprecht, eine ganze Schar Zwerge und eine Jugendgruppe stehen im Mittelpunkt der Handlung. Das Spiel zeichnet sich besonders dadurch aus, daß es auch die Mitwirkung von Kindern heranzieht.

Im selben Verlag erschienen:

Der blühende Hammer. Gedichte von Karl Bröger. Berlin 1924. In Halbleinen 70 $\mathfrak{M}$, kartoniert 85 $\mathfrak{M}$. Karl Bröger ist der erklärte Lieblingssdichter der arbeitenden Jugend; denn er hat wie kaum ein anderer der modernen Dichtergeneration, ihrem Empfinden und Wollen, ihrer Sehnsucht nach einem neuen Gesellschafts- und Menschheitsideal beschwingten Ausdruck gegeben. Daß wir jetzt in einem so schmunzigen Band die schönsten Dichtungen Brögers zusammen haben, dazu zu einem erstaunlich niedrigen Preis, werden alle Freunde des Dichters mit Freuden begrüßen.

Heberflut des Herzens. Gedichte von Max Barthel. Berlin 1924. Preis kartoniert 70 $\mathfrak{M}$, in Halbleinen 140 $\mathfrak{M}$, 88 Seiten. Unter den jungen Arbeiterdichtern ist Max Barthel zweifellos eine der sympathischsten Gestalten. Alt und jung in unserer Arbeiterschaft werden es daher mit Freuden begrüßen, daß ihnen der Dichter in der vorliegenden, von ihm selbst zusammengestellten Sammlung eine Auswahl seiner wertvollsten Dichtungen bietet. Der Arbeiterjugend-Verlag hat das Büchlein trotz seines geringen Preises in origineller, geschmackvoller Aufmachung herausgebracht, so daß es sich vorzüglich auch zum Geschenk eignet.

Soziologie der Gewerkschaftsbewegung. Von Karl Zwing. Verlag Gewerkschafts-Archiv, Jena. Preis broschiert 4,50 $\mathfrak{M}$, in Halbleinen 5,50 $\mathfrak{M}$. Bezugspreis des „Gewerkschafts-Archiv“ erhalten das Werk zum halben Ladenpreis. — Der Verfasser weist — wir wollen hier nur den Inhalt des

Buches kurz andeuten — einleitend die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Theorie nach und behandelt in 4 Kapiteln: Die Problemstellung für die Gewerkschaften. Angewandte Demokratie in der Wirtschaft. Die theoretische und praktische Stellung der Gewerkschaften. Resultate. — Das Buch sollte in die Hände möglichst vieler Gewerkschafter, besonders aber aller Funktionäre, gelangen. Sein Inhalt ist mit dazu bestimmt, in der Gewerkschaftsbewegung auch die erforderlichen geistigen Kräfte zu wecken und weiterzubilden, um das ungeheure Aufgabengebiet, das den Gewerkschaften gestellt ist, die Demokratisierung der Wirtschaft, zu meistern.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Das erste Dezemberheft ist erschienen. Bezugspreis monatlich 1,20 $\mathfrak{M}$. Bestellungen sind an den Verlag von J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, zu richten oder bei den Postanstalten und Buchhandlungen zu machen.

„Franeuwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 30 $\mathfrak{M}$, mit Schnittmusterbogen 40 $\mathfrak{M}$. Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 68. Bestellungen nehmen die Postanstalten und Buchhandlungen entgegen.

„Die Leuchtrafete.“ Nr. 12 mit der Beilage „Licht über's Land“ behandelt in humoristisch-satirischer und in ernster aufklärender Form die „typische Unordnung“, derzufolge alle 25 Jahre ein „Lichtes Jahr“ sein soll. Die „Leuchtrafete“ ist überall erhältlich; sie kostet 15 $\mathfrak{M}$ oder im Halbjahresabonnement 1 Rentenmark und ist durch die Verwaltung Wien IV, Mittersteig 3a, zu beziehen.

„Der Kirm.“ Sozialistische Rundschau. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin, Hefenwinkel. Erscheint Sonnabends. Preis 25 $\mathfrak{M}$.

„Vom Gewerkschafts-Archiv.“ Herausgeber Karl Zwing, Jena, liegt Heft 8 vor. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Lohnpolitische Antikritik, von Dr. E. Kraus. Internationale organisatorische Notwendigkeiten. Die Ideologie der christlichen Gewerkschaftsbewegung, von Dr. Annemarie Herberg. Die Angestelltenversicherung nach der Inflationsperiode, von R. Fette. Zur Problematik des Achtstundentages, von A. Kramoll. Das Gewerkschafts-Archiv erscheint monatlich. Preis des Heftes 1 $\mathfrak{M}$. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen oder der Verlag, Jena, Cambsdorfer Straße 10, entgegen.

„Die Gesellschaft.“ Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgeber Dr. Rudolf Hilferding. Verlag J. H. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. — Das Dezemberheft enthält Artikel von Dr. Hans Krüger: Sozialdemokratie und ländliche Bodenfrage; von Albert Thomas, Genf: Das internationale Arbeitsamt und der Achtstundentag; von Amtsgerichtsrat Dr. Barth: Der Einfluß des Reichspräsidenten; von Dr. Georg Decker: Die Vereinigten Staaten nach dem Kriege; von P. Veiland, Kopenhagen: Das bänische Neutralitäts- und Abrüstungsproblem; von Dr. Robert Danneberg, Wien: Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie. — „Die Gesellschaft“ erscheint monatlich. Vierteljahrsabonnement 3,60 $\mathfrak{M}$, Jahresabonnement 14 $\mathfrak{M}$. Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 15. Dezember:

Potsdam: In Nowawes bei Pieme, Wallstraße.

Donnerstag, den 18. Dezember:

Greifswald: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Lauban:** Gleich nach Feierabend im Volkshaus.

Sonntag, den 20. Dezember:

Emden. — **Gelsenkirchen:** Abends 8 Uhr bei Wälbren, Ecke Vereins- und Kampstraße. — **Münster i. W.:** Abends 8 Uhr im Lokal von August Brinmann, Krummer Zimpen 36/37.

Sonntag, den 21. Dezember:

Eberswalde: Nachmittags 3 Uhr bei Paul Räh, Westend. — **Neuhaldensleben.** — **Neuß, Bezirk Grevenbroich.**

Anzeigen.

Stirbetafel.

Berlin. Am 30. Oktober starb unser Mitglied, Kamerad **Wilhelm Fröhlich**, im Alter von 63 Jahren an Schlaganfall.

Münster. Am 1. Dezember starb im Krankenhaus in Breslau unser Kamerad **Emil Linke** an Herzschlag.

München. Am 26. November starb unser alter Kamerad **Mathias Gotschneider** im Alter von 71 Jahren infolge eines Schlaganfalles. Am 27. November starb unser Kamerad **Alois Hartinger** im Alter von 23 Jahren an Rippenfellentzündung.

Schwerin. Am 3. Oktober starb unser Kamerad **Louis Paetow** im Alter von 61 Jahren an Magenkrebs.

Sorau. Am 26. November schied durch Gasvergiftung freiwillig aus dem Leben unser guter Kamerad **Traugott Horn** im Alter von 63 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Dortmund.

Zureisende Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, im Bureau, Lessingstr. 32, zu melden. Der Vorstand.

Hans Nobbe, sende Deine Adresse an **Hugo Buchardt**, fremder Zimmerer, zurzeit in **Mannheim**, Lange Straße 14, „Zum Komet“. [90 $\mathfrak{M}$]